

**10.07.2013**

**Niederschrift**

**Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen**

am 04.06.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:45 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Wolfgang Barrenbrügge

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Brigitte Cziehso

Herr Jens Hebebrand

anwesend bis 17.05 Uhr

Herr Carsten Jaksch-Nink

anwesend bis 17.20 Uhr

Herr Wolfgang Kerak

Herr Dieter Mendrina

Herr Hans-Jörg Piasecki

Herr Heinz Steffen

Herr Walter Teumert

Frau Manuela Werbinsky

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Peter Dörner

Herr Wilhelm Jasperneite

anwesend bis 17.05 Uhr

Herr Helmut Krause

Herr Gerhard Meyer

Herr Carl Schulz-Gahmen

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Andrea Hosang

Frau Anke Schneider

anwesend bis 17.20 Uhr

**Kreistagmitglieder FDP**

Herr Michael Klostermann

Herr Andreas Wette

**Kreistagmitglieder DIE LINKE.**

Herr Werner Sell

**Kreistagmitglieder FWG**

Herr Helmut Stalz

**Sachkundige Bürger/innen GFL**

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

## **Verwaltung**

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Heinz Appel, Fachdienstleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren, insbesondere den neuen Kreisdirektor und Kämmerer, Herrn Dr. Thomas Wilk, und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- |                |        |  |
|----------------|--------|--|
| <b>Punkt 1</b> |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 2</b> | 070/13 | Entwurf des Jahresabschlusses 2012   |
| <b>Punkt 3</b> | 078/13 | Entwurf des Gesamtabchlusses 2011  |
| <b>Punkt 4</b> | 056/13 | Budgetbericht zum 31.03.2013   |
| <b>Punkt 5</b> | 075/13 | Sachstandsbericht zur Neuorganisation der Untersuchungsämter im Regierungsbezirk Arnsberg im Wege der Errichtung des „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes -CVUA- Westfalen" als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) |
| <b>Punkt 6</b> |        | Liquiditätsvorsorge für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen des Kreises Unna;<br>mündlicher Bericht  |
| <b>Punkt 7</b> |        | Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen/Entwurf des FiFo-Gutachtens;<br>mündlicher Bericht  |
| <b>Punkt 8</b> |        | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen   |

### Nichtöffentlicher Teil

- |                |  |  |
|----------------|--|--|
| <b>Punkt 9</b> |  | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|



### **Punkt 3 078/13 Entwurf des Gesamtabchlusses 2011**

#### Erörterung

Herr Dr. Timpe teilt mit, dass hinter dem Gesamtabchluss eine Menge Arbeit im Detail stecke, die in den Vorjahren nicht vorgelegen hätte. Er berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist. Der Gesamtabchluss zeige, dass der Kreis Unna bilanziell gesehen einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 35 Millionen Euro seine Last nenne. Es lägen keine Vermögenswerte über Konstruktionen von Privatbeteiligungen vor. Die daraus gewonnene, unerfreuliche, aber in letzter Konsequenz folgenlose Erkenntnis könne mindestens bis zum Jahr 2017 getragen werden. So lange bräuchte man insbesondere für eine Wertkorrektur aus unterschiedlichen Bewertungen von Geschäfts- und Firmenwerten innerhalb des Beteiligungsbereiches. Entscheidend sei das negative Gesamtjahresergebnis in Höhe von knapp 3,6 Millionen Euro und diese besondere Problematik begleite den Kreis Unna bis 2017, aus der Abschreibungsnotwendigkeit heraus.

Herr Dr. Wilk teilt mit, dass die Finanzsituation des Kreishaushaltes nicht gut aussehe, die Eigenkapitalquote befinde sich auf einem niedrigen Niveau, 1,3 Prozent.

#### Beschluss

Der am 14.05.2013 vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Gesamtabchlusses 2011 (einschl. Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 4 056/13 Budgetbericht zum 31.03.2013**

#### Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert die Drucksache und teilt mit, dass sich die Verschlechterung von erwarteten 482.000 Euro im Bereich „Zentrale Verwaltung“ insbesondere durch eine haushaltstechnische Frage, die Bildung eines bilanziellen Sonderpostens im Jahresabschluss 2013, ergebe. Hier ginge es darum, die anteiligen Aufwendungen aus dem sukzessiven U3-Ausbau decken zu können.

Sorgen würde der Bereich „Arbeit und Soziales“ bereiten, denn hier läge eine zu erwartende Verschlechterung von fast vier Millionen Euro vor. Dabei handele es sich um eine dramatische Verschlechterung, wenn es tatsächlich dazu käme. Als Begründung dafür könne auch die konjunkturelle Entwicklung angeführt werden. Unternehmen würden weniger oder überhaupt nicht mehr einstellen. Die Arbeitslosenquote läge um 0,4 Prozent höher als im Vorjahresvergleich. Durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes von Mai 2012 sei in Bezug auf die Kosten der Unterkunft die entsprechende Wohnungsgröße verändert worden und rückwirkend zum 01.01.2012 umzusetzen gewesen. Bis zur technischen Umsetzung sei noch etwas Zeit vergangen und somit schlage die Nachzahlung Anfang 2013 mächtig ins Kontor. Hinzu käme, dass die Regelbedarfe des Arbeitslosengeldes II zum 01.01.2013 leicht angehoben worden seien. Nennenswerte, möglicherweise auch nachhaltige Steigerungen wären bei den Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen. Ebenfalls gebe es eine Steigerung bei der Zunahme von Neuanträgen, insbesondere gehe es hier um die Aufstockerproblematik. Einen weiteren Faktor stellten die allseits bekannten Steigerungen der Energiekosten dar.

Mit dem Jobcenter bestünde ein enger Austausch zur näheren Untersuchung der Ursachen und die jüngsten Zahlen würden auf eine Verstetigung dieser Entwicklung deuten. Um welchen Umfang und welches Ausmaß es sich handele, würde kurzfristig untersucht. Zum Kreisausschuss und Kreistag erfolge ein weiterer Bericht, der die Zahlen aus April und Mai berücksichtige.

Auf Nachfrage von Herrn Klostermann in Bezug auf den Bereich „Hilfe zum Lebensunterhalt“, Seite 7 der Drucksache, führt Herr Dr. Wilk aus, dass die Konjunktur vor Ort nicht anspringe. Es gebe quasi keine Unternehmen, die zurzeit Personal einstellen würden. Wenn sich in Kürze nichts ändere, dann müsse nach Lösungen gesucht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz verweist Herr Appel auf Seite 5 der Drucksache. Die Kreisordnung verpflichte die Verwaltung, den Betrag der Verbesserung (hier: 620.000 Euro) über die Bilanz, Bildung eines Sonderpostens, zur Seite zu legen und erst im übernächsten Jahr, bei der Haushaltsplanung, mindernd zu berücksichtigen.

Der Budgetbericht zum 31.03.2013 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5    075/13                    Sachstandsbericht zur Neuorganisation der Untersuchungsämter im Regierungsbezirk Arnsberg im Wege der Errichtung des „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes -CVUA- Westfalen" als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)**

Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert die Drucksache und teilt mit, dass diese der Information diene. Zu einer Entscheidung käme es noch nicht, da einige Fragen offen stünden. Für den Zusammenschluss einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) sei ein Beschluss des Kreistages erforderlich, dieser würde zu einem späteren Zeitpunkt auch getroffen. Zurzeit müsste noch eine Entscheidung der Bezirksregierung Arnsberg herbeigeführt werden. Sobald die offenen Fragen geklärt seien, werde die Verwaltung, auch zur Vorbereitung eines Kreistagbeschlusses, entsprechend Bericht erstatten.

Auf Nachfrage von Herrn Prof. Dr. Hofnagel antwortet Herr Dr. Wilk, dass Synergieeffekte Zeit bräuchten und nicht von Heute auf Morgen realisierbar seien. Es wären verschiedene Aspekte zu bedenken. Er verweist auf Seite 6 der Drucksache und teilt mit, dass Klärungsbedarf bezüglich des Gebäudes des Untersuchungsamtes in Hamm bestünde. Es läge eine nicht unerhebliche finanzielle Größenordnung vor, so dass auch die Größenordnung der Synergieerzielung davon abhängig sei. Heute könne er dazu keine Antwort geben, da habe die übergeordnete Stelle, in diesem Fall die Bezirksregierung in Arnsberg, eine Entscheidung treffen. Um Synergien zu erzielen, müsse irgendwann damit begonnen werden, und auf dem Weg dahin sei nicht ausgeschlossen, dass man bereits Synergien erziele. Sehr wohl würde das Leistungsspektrum angehoben, da die Anforderungen stetig stiegen. Herr Dr. Wilk schlägt vor, dass eine Entscheidung der Bezirksregierung in Arnsberg abgewartet, eine neue Drucksache erstellt und auf die erwarteten Synergien eingegangen werde.

Auf eine weitere Anmerkung von Herrn Prof. Dr. Hofnagel teilt Herr Dr. Wilk mit, dass es in diesem Fachausschuss formal um die Beteiligung an einer AöR ginge und fachliche Fragen in den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz gehörten. Wenn die näheren Voraussetzungen zur Beteiligung an einer AöR gegeben seien, dann könnten Überlegungen zur Weitergabe an andere Fachausschüsse geklärt werden.



## **Punkt 7**

### **Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen/Entwurf des FiFo-Gutachtens; mündlicher Bericht**

#### Erörterung

Herr Dr. Wilk teilt mit, dass es bei dem FiFo-Gutachten um die Frage ginge, ob das Gemeindefinanzierungssystem gerecht sei. Die jährlichen Verteilungskämpfe rund um ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), würden weitergehen. Bisher sei es rein statistisch so gewesen, dass der kreisangehörige Raum im GFG tendenziell benachteiligt worden sei. Wenn man betrachte, dass 60 Prozent der Einwohner aus Nordrhein-Westfalen im kreisangehörigen Raum leben, aber nur 45 Prozent der Schlüsselzuweisungen entsprechend verteilt worden seien, dann könne man zu diesem Schluss kommen. Das gesamte Thema „Kommunaler Finanzausgleich“ rund um das FiFo-Gutachten sei ein äußerst schwieriges Thema, da innerhalb der Kommunen keine einheitliche Vorgehensweise existiere. Es gebe drei verschiedene Arten von Gebietskörperschaften: die kreisfreien Städte, die Kreise und deren kreisangehörige Städte und Gemeinden. Mindestens zwei, aber vielleicht auch alle drei verfolgten unterschiedliche Interessen, die dann auch über die kommunalen Spitzenverbände entsprechend Richtung Landesregierung transportiert würden. Werde das vorliegende FiFo-Gutachten mit den verschiedenen Parametern umgesetzt, dann würden nach deren Ansicht, die kreisangehörigen Städte zu den potentiellen Verlierern gehören. Daher fordern diese nur eine teilweise bzw. keine Umsetzung, vielleicht auch nur eine Aktualisierung der Datenbasis. Wenn das FiFo-Gutachten in Gänze umgesetzt würde, dann gehöre der kreisangehörige Raum zu den Gewinnern und hier verfolge man andere Interessen, die auch Richtung Landesregierung transportiert würden. In Gänze könne eine Übernahme der einzelnen Aspekte aus dem FiFo-Gutachten in das GFG 2014 rein vom Zeitablauf nicht erfolgen, aber eine Aktualisierung der Datenbasis. Die Absenkung des Faktors des Soziallastenansatzes von 15,3 auf 12,94 Prozent und eine ganze Reihe von verschiedenen Faktoren (Steuerkraftmesszahlverfahren, bundesweit fiktive Hebesätze) würden immer wieder diskutiert und er halte es für ausgeschlossen, dass diese noch in das GFG 2014 einfließen würden. Für die Kreise und den kreisangehörigen Raum solle eine Umsetzung des FiFo-Gutachtens in Gänze angestrebt werden. Erschreckend seien bereits die strukturellen Schwierigkeiten und dann solle auch noch der Soziallastenansatz, die entsprechende Gewichtung, abgesenkt werden und das wäre für den Kreis Unna nicht gut. Es würde aber, auch durch den Landkreistag bestätigt, überkompensiert, wenn die weiteren Stellschrauben ebenfalls zur Umsetzung kämen. Das Gutachten mache nur in Gänze Sinn und würde zu einer möglichst ausgewogenen Fortschreibung der Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs führen. Der Landkreistag empfehle die vollständige Übernahme dieser Empfehlungen und die Eckpunkte des GFG 2014 sollen bis zur Sommerpause veröffentlicht werden. Eine Schwierigkeit sei, dass kaum Daten zur Verfügung stünden und somit verschiedene Stellen dazu gezwungen seien, eigene Modellrechnungen aufzustellen. Diese würden dann wiederum, beispielsweise vom kreisfreien Raum, angezweifelt. Das GFG 2014 sowie das GFG 2015 würden keine Änderungen in der strukturellen Unterfinanzierung des kommunalen Bereiches herbeiführen.

## **Punkt 8**

### **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

#### **Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung Arnsberg - Anfrage Herr Stalz**

Herr Stalz hat eine Anfrage zu den Rückstellungen bezüglich der Zentraldeponie. Der Kreis Unna beabsichtige die Übergabe der Verpflichtungen an eine kreiseigene Gesellschaft. Für den Fall, dass das nicht realisiert werden könne, müssten die Rückstellungen im Jahresabschluss 2013 in Höhe der zu erwartenden Gesamtkosten vergütet werden. Auf das Risiko der damit verbundenen, erheblichen zusätzlichen Belastungen

für den Kreishaushalt werde durch die Bezirksregierung ausdrücklich hingewiesen. Er fragt nach, wie hoch die tatsächlich zu erwartende Gesamtbelastung für den Haushalt werde, wenn dies nicht gelinge.

Herr Dr. Timpe antwortet, dass es auf jeden Fall gelingen werde. Das Ziel sei, den bisher guten Weg bis zum Dezember dieses Jahres vollziehen zu können.

Herr Prof. Dr. Hofnagel möchte trotz Zusicherung der Verwaltung genauere Angaben dazu, was passiere, wenn das Ziel dann doch nicht erreicht werde.

Herr Dr. Timpe führt aus, wenn man der bizarren betriebswirtschaftlichen Ausführung der Bezirksregierung Arnsberg folge und meine, das, was bis zum Jahr 2045 als lange Zahlungsreihe mit durchaus unterschiedlich periodischen Zahlen nominal rückzustellen, dann käme man zu dem Ergebnis, 26 bis 30 Millionen Euro rückstellen zu müssen. Es existiere im Grunde ein Finanzierungsmodell mit durchaus schmal angesetzter Zinserwartung mit realistisch überprüften Leistungsansätzen. Bei einer üblichen Betrachtung von Barwerten bei Diskontrechnungen würde ausreichen, was derzeit als Sparbrief vorhanden sei.

#### **Anlagen**

1. Folienpräsentation "Entwurf des Jahresabschlusses für den Kreis Unna zum Stichtag 31.12.2012" – Bericht Herr Dr. Timpe
2. Folienpräsentation „Entwurf des Gesamtabchlusses für den „Konzern Kreis Unna“ zum Stichtag 31.12.2011“ – Bericht Herr Dr. Timpe

gez. Wolfgang Barrenbrügge  
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz  
Schriftführerin